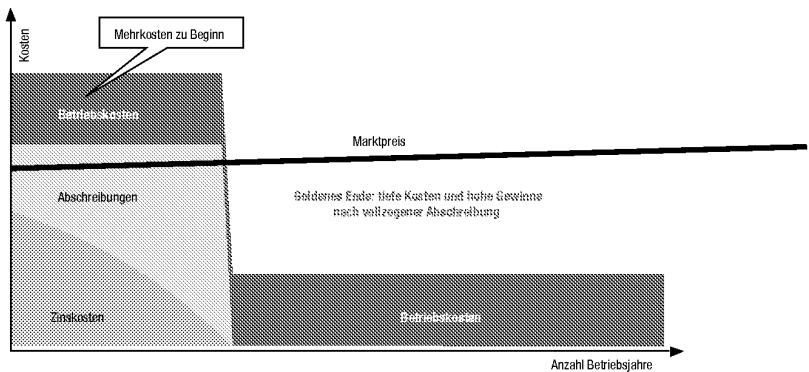


Ausstieg für sieben Franken pro Monat

KOSTEN EINES KRAFTWERKS MIT ERNEUERBARER ENERGIE



Gute Aussichten. Mehrkosten von heute sind Ersparnisse von morgen. Grafik BaZ/reh

RUDOLF RECHSTEINER*

Finanzkrise und Fukushima. Unser Parlament behandelt derzeit Themen, die einige Schuhnummern grösser sind als sonst. Beide Male gehts um «too big to fail». Zu Deutsch: untragbare Risiken. Zuerst stand die UBS am Abgrund. Für 60 Milliarden Franken übernahm die Nationalbank toxische Papiere. Dazu kamen sechs Milliarden Darlehen vom Bund. Die UBS hat die Kurve knapp geschafft und die Lehre daraus gleich wieder vergessen. Im Kampf gegen mehr Eigenmittel greift UBS-Chef Grubel zum bewährten Allzweckargument: Regulierung verfallt in den Wettbewerb. Das sei untragbar. Die SVP ist bereits umgekippt. Wie die UBS im Finanzmarkt hat Fukushima in der Energiepolitik manchen die Augen geöffnet. Nur wenige kämpften im Parlament so stur für Atomenergie wie Johann Schneider-Ammann. Hinter ihm stand die Maschinenindustrie. «Der Ausstieg ist möglich, aber es braucht Zeit», begründet Schneider-Ammann sein Nein zu neuen AKW, «die Fortschritte im Bereich der alternativen Energien sind gewaltig» – wahrhaft neue Töne.

LÜGENMÄRCHEN. Bei Axpo und Alpiq schrillen die Alarmglocken. Atomenergie sei sauber und ohne Alternative, verkünden sie, jahrelang mit hypnotischer Wirkung, auch nach Fukushima. Dass dies genauso ein Lügenmärchen ist wie das angebliche Uran aus russischen Atombomben, wissen die Axpo und die ganze Strombranche. Doch die Reihen bleiben eisern geschlossen, und statt reiner Wein folgt wieder der Griff in die Trickkiste. «Eine vierköpfige Familie müsste 6000 Fran-

ken pro Jahr bezahlen», sagt Alpiq-Chef Leonardi. «Sieben bis acht Gaskombikraftwerke» brauche es, drohte Axpo-Chef Karrer vergangenen Sonntag, denn «die Windparkzonen in der Nordsee sind fast alle schon vergeben». Die Behauptungen sind sagenhaft. Wäre Irreführung strafbar, müssten die beiden Konzernchefs jahrelang hinter Gitter. Rechnen wir nach. In europäischen Gewässern gibt es Platz für 1,5 Millionen Windturbinen. Das sagt die EU-Umweltagentur in Kopenhagen. Bisher sind etwa 1200 Turbinen aufgestellt. Hätte die Axpo je den kleinen Finger gerührt statt zu jammern und herumzueiern, wären Beznau I und II längst durch Ökostrom ersetzt. Aber das wollte man nie. Die Axpo blüfft stets mit Milliardeninvestitionen in erneuerbare Energien, investiert aber nur in neue Pumpspeicher, die Strom nicht produzieren, sondern verbrauchen. Dann das neue Märchen mit den Mehrkosten. Ein Schweizer Haushalt ohne Elektroheizung verbraucht etwa 3000 Kilowattstunden pro Jahr, derzeit zu etwa 20 Rappen. Macht 600 Franken. Die Wasserkraftwerke produzieren 55 Prozent unseres Stroms. Für sie gilt: Am Anfang sind sie teuer, einmal abgeschrieben werden sie zur Cash-Cow. Zum Beispiel Rheinfelden. Das Wasserkraftwerk war ab 1898 in Betrieb. Bis 1930 kostete der Strom schätzungsweise 15 bis 20 Rappen. Danach produzierte das Werk schuld- und zinslos acht Jahrzehnte weiter, für zwei bis fünf Rappen pro Kilowattstunde. Umsatzrendite 50 bis 100 Prozent, man spricht vom Goldenen Ende. Es ist kein Privileg der Wasserkraft. Auf dem Fraumattschulhaus in Liestal montierte die Adev Energiegenossen-

schaft 1987 die erste netzgebundene Solaranlage. Sie läuft noch heute, inzwischen abgeschrieben, und liefert 90 Prozent der Leistung, verglichen mit dem ersten Tag. Ebenfalls für weniger als fünf Rappen pro Kilowattstunde.

PARTIKULARINTERESSEN. 40 Prozent Atomstrom müssen ersetzt werden. Nordseestrom kostet derzeit 16 Rappen pro Kilowattstunde; bis 2020 sinken die Einspeisevergütungen laut Gesetz auf 13 Rappen pro Kilowattstunde. Diese Kosten gelten nur in den ersten zwölf Jahren. Dann sind die Windfarmen abgeschrieben und produzieren für drei bis fünf Rappen pro Kilowattstunde. Würden wir allen Atomstrom (derzeit à sechs Rappen) durch Nordsee-Windstrom (à 13 Rappen) ersetzen, ergäbe sich pro Haushalt ein Aufschlag von 84 Franken pro Jahr. Das sind sieben Franken pro Monat, maximal. Rechnet man die Windfarmen über den vollen Lebenszyklus, halbieren sich die Gestehtungskosten ungefähr. Und vergleicht man sie nicht mit alten, sondern mit den Kosten von neuen AKW, dann sind die Mehrkosten ganz vom Tisch. Beim Ausstieg und bei den Banken geht es immer ums Gleiche: Haben die Parteien Mut, den Partikularinteressen hartgesottener Branchen standzuhalten? Und das auch noch nach den Wahlen? Spannend wird es auf jeden Fall.



* Mit einem Mitbericht kommentieren Regierun- und Bundesräte die Geschäfte ihrer Kollegen. Rudolf Rechsteiner ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.